

das porträt



Foto: reuters

Agnes Callamard ärgert Diktatoren und führt Amnesty International

Agnes S. Callamard, seit 2016 Sonderberichterstatterin für außergerichtliche, standrechtliche und willkürliche Hinrichtungen beim Menschenrechtsbüro der UNO in Genf, übernimmt am Montag ihren neuen Posten als Generalsekretärin in der Londoner Zentrale von Amnesty International (AI).

Dort arbeitete Callamard schon einmal in den Jahren 1995 bis 2001. Danach war sie von 2004 bis 2013 Direktorin von „Article 19“, der britischen Menschenrechtsorganisation für das Recht auf freie Meinungsäußerung.

Eine bessere Wahl als Callamard hätte AI nicht treffen können. Die 1965 geborene Politikwissenschaftlerin hielt unter den schwierigen Rahmenbedingungen einer Menschenrechtsdiskussion klaren Kurs, die in den letzten zwei Jahrzehnten zunehmend selektiv geführt und für politische Zwecke instrumentalisiert wurde. Sie tritt für die universelle Gültigkeit der seit 1948 international vereinbarten Menschenrechtsnormen. Deren Verletzung – durch wen auch immer – prangert Callamard stets mit klaren Worten und in der für eine Wirkung erforderlichen Öffentlichkeit an. Auf keinem Auge blind, furchtlos gegenüber Mächtigen und unbeeindruckt von deren Drohungen.

Die bislang gefährlichste, weil auf ihr Leben abzielende Drohung machte Callamard vergangene Woche öffentlich: Bei einem Treffen mit UNO-Offiziellen in Genf im Januar 2020 drohte der Chef der staatlichen saudi-arabischen Menschenrechtskommission, Awwad Alawwad, gleich zweimal unmissverständlich ein Vorgehen gegen Callamard an, sollte die UNO ihren Untersuchungsbericht über die Ermordung des saudischen Journalisten Jamal Kashoggi nicht zurückziehen. In diesem bereits im Juni 2019 veröffentlichten Bericht hatte die UNO-Sonderberichterstatterin auf „glaubwürdige Beweise“ verwiesen, dass „höchste Stellen in Riad, darunter Kronprinz Mohammed bin Salman, für den Mord verantwortlich sind“.

Die Äußerungen Alawwads wurden von den an dem Treffen in Genf beteiligten UNO-Vertretern als „Morddrohungen“ gegen Callamard wahrgenommen und entsprechend auch in einem schriftlichen Bericht an UNO-Generalsekretär Antonio Guterres bezeugt. Deutliche Worte der Kritik und Verurteilung äußerte Callamard auch an Menschenrechtsverletzungen durch Saudi-Arabiens Hauptfeind Iran sowie durch Russland und China.

Der philippinische Präsident Rodrigo Duterte löste eine Online-Hasskampagne gegen Callamard aus, weil sie seinen brutalen Krieg gegen die Drogen kritisiert hatte. Ex-US-Außenminister Mike Pompeo beschimpfte sie, weil sie die Drohneinsätze zur Ermordung des iranischen Generals Qasim Soleimani und anderer Personen als „ungesetzlich“ und „Völkerrechtsverstoß“ eingestuft hatte. Der EU hielt Callamard vor, ihre Flüchtlings- und Migrationspolitik sowie Gesetzesbestimmungen zur inneren Sicherheit stünden „in völligem Widerspruch zu internationalen Menschenrechtsnormen“. Bei der UNO in Genf bedauern viele den Weggang dieser mutigen Streiterin.

Andreas Zumach

Weltweite Kritik an Myanmar's Militär

Bei Protesten am Militär-Feiertag am Samstag werden etwa 100 Menschen erschossen. Das harte Vorgehen wird von vielen Staaten und der UNO verurteilt

Von **Sven Hansen**

Die Militärschefs aus einem Dutzend Ländern haben in einer ungewöhnlichen gemeinsamen Erklärung Myanmar's Putschgeneräle aufgefordert, „die Gewalt einzustellen und darauf hinzuwirken, den Respekt und die Glaubwürdigkeit bei Myanmar's Volk wiederherzustellen, den sie durch ihre Handlungen verloren haben“.

In der Erklärung, die von den Vertretern der USA, Deutschlands und anderen unterschrieben und in der Nacht zu Sonntag veröffentlicht wurde, heißt es: „Ein professionelles Militär folgt internationalen Verhaltensstandards und ist verantwortlich für den Schutz – nicht die Verletzung – des Volkes, dem es dient.“

Am 27. März, der in Myanmar als „Tag der Streitkräfte“ ein Feiertag ist, töteten Militär und Polizei mindestens 90 Menschen. Es war der bisher blutigste Tag der Unterdrückung der Massenproteste. Laut dem Nachrichtenportal *Myanmar Now* starben 114 Personen an 44 Orten, darunter auch Kinder. Die meisten Toten gab es in Mandalay mit 40, in Yangon starben 27 Personen. Am Sonntag eröffneten in Bago in der Nähe von Yangon Militärs das Feuer bei der Beisetzung eines der Gewaltopfer des Vortages. Dies berichteten Augenzeugen der Agentur Reuters. Es gab am Sonntag zwei weitere Tote, sonst blieb es weitgehend ruhig.

Die Gefangenenhilfsorganisation AAPP gab die Zahl der Todesopfer vom Samstag mit mehr als 90 an. Deren Gesamtzahl seit dem Putsch am 1. Februar stieg laut AAPP auf mindestens 443. Vielfach hätte das Militär Leichen beseitigt und Verletzte mitgenommen, die ohne medizinische Behandlung sterben würden.

US-Außenminister Antony Blinken sprach von einem „Terrorregime des Militärs“. Die Junta wolle im Interesse einiger weniger „das Leben des Volkes

opfern“. Am Samstag war Berichten zufolge auch auf das amerikanische Kulturinstitut in Yangon geschossen worden. Verletzt wurde niemand.

Der UN-Sonderberichterstatter für Myanmar, Tom Andrews, bezeichnete das Vorgehen der Junta als „Massaker“. Er forderte ein internationales Gipfeltreffen zu Myanmar. Man könne die Öl- und Gaszahlungen an das Militär einstellen oder seinen Zugang zu Waffen stoppen. Es sei höchste Zeit für robustes und koordiniertes Handeln.

Auch die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Michelle Bachelet, und die UN-Beraterin für die Verhinderung von Völkermord, Alice Wairimu Nderitu, forderten die internationale Gemeinschaft zum Handeln auf. Unter den nach ihren Angaben mindestens 107 Toten seien nach glaubhaften Berichten sieben Minderjährige.

Das Militärregime hatte den Feiertag in der Hauptstadt Naypyidaw mit einer Parade begangen. Demonstranten waren zuvor über den Staatssender MRTV vor Schüssen in Kopf oder Rücken gewarnt worden. Schon bisher war ein Viertel der getöteten Demonstranten an Kopfschüssen gestorben. Mit dem „Tag der Streitkräfte“ erinnert das Militär an den Tag im Jahr 1945, an dem es im Zweiten Weltkrieg erstmals gegen Japan kämpfte, mit dem es bis dahin verbündet war.

Jetzt schickten nur acht Nationen Vertreter zu den Feierlichkeiten, nämlich China, Russland, Indien, Pakistan, Bangladesch, Vietnam, Thailand und Laos. Der Ranghöchste war Russlands Vizeverteidigungsminister Alexander Fomin. China und Russland sind Myanmar's wichtigste Waffenlieferanten und schützen das Putschregime im Weltsicherheitsrat vor einer Verurteilung. Russland will offenbar seinen Einfluss in Myanmar vergrößern. Juntachef Min Aung Hlaing bezeichnete Russland als „wahren Freund“ Myanmar's.

Er versprach in seiner Ansprache, das Volk zu schützen, und stellte erneut Wahlen in Aussicht, nannte aber kein Datum. Ohne die Proteste zu erwähnen, warnte er vor „Terrorismus, der staatlicher Ordnung und Sicherheit schaden“ könne. Seine Machtübernahme rechtfertigte er mit angeblichen Verfehlungen der entmachteten Regierung von Aung San Suu Kyi. Sie ist die Tochter des Nationalhelden Aung San, auf den die Gründung von Myanmar's Armee wie auch die Unabhängigkeit des Landes zurückgehen. Ihre Partei NLD hatte die Wahlen im November deutlich gewonnen.

Demonstranten hatten den „Tag der Armee“ umgetauft in „Tag gegen die Diktatur des Militärs“. Mehrere der rund 20 bewaffneten ethnischen Gruppen, die sich seit Jahrzehnten mit dem Militär einen Kleinkrieg liefern, haben sich auf die Seite der Proteste gestellt.

Die Karen National Liberation Army (KNLA) erklärte, eine ihrer Einheiten habe am Freitag bei einem Angriff auf einen Militärposten im Kayin-Staat zehn Soldaten getötet. Bei einem Vergeltungsangriff der Armee aus der Luft sollen zwei Personen getötet worden sein.

In mehreren Ländern gab es am Wochenende Proteste und Mahnwachen gegen das Putschregime. In Deutschland demonstrierten laut der 1.800 Mitglieder zählenden Facebookgruppe „German Solidarity with Myanmar Democracy“ Menschen in Berlin, Leipzig, München, Freiburg, Konstanz, Stuttgart, Heidelberg, Frankfurt/Main, Bielefeld und Hamburg.

Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) teilte am Sonntag mit, die Bilder und Nachrichten aus dem Land seien „zutiefst schockierend“. Die EU habe deutlich gemacht, dass sie das brutale Vorgehen gegen die Bevölkerung in Myanmar nicht hinnehme, und Sanktionen gegen die Militärjunta verhängt.

taz sachen

Der Begriff der Nation

Mit einem Plädoyer für einen anderen Blick auf den Nationalstaat widmet sich die Kulturwissenschaftlerin Aleida Assmann einem der blinden Flecken des herrschenden Diskurses: Der Begriff der Nation steht unter Generalverdacht – weil er automatisch mit kultureller Homogenität assoziiert wird. Warum es sinnvoll sein könnte, dies zu überdenken, beschreibt Aleida Assmann in ihrem Buch „Die Wiedererfindung der Nation“.

Hat sich nicht zumindest Deutschland von der Idee der „Volksgemeinschaft“ gelöst? Gibt es nicht vielfältige Gründe, die Bundesrepublik wertzuschätzen – gerade um ihren rechten Verächtern ein demokratisches Narrativ entgegenzusetzen? Und ist nicht gerade die liberale und rechtsstaatliche Vorstellung von Nation das entscheidende Gegenrezept zu völkischen Wahnfantasien, weil es prinzipiell alle Bürger*innen einschließt? Im taz Talk, moderiert von Jan Feddersen, taz-Redakteur für besondere Aufgaben sowie Kurator des taz lab, stellt Aleida Assmann ihre Thesen zur Debatte.

Die emeritierte Professorin für englische Literatur und Allgemeine Literaturwissenschaft an der Universität Konstanz prägte vor allem die Forschung über kulturelles Gedenken und Gedächtnis sowie die Debatte über die deutsche Erinnerungskultur. 2018 wurde ihr, zusammen mit ihrem Mann Jan Assmann, der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels zuerkannt. Ihr Buch „Die Wiedererfindung der Nation“ erschien im November 2020 beim Verlag C.H. Beck.

Wann: Mo., 29. 3. 21, 19 Uhr, Wo: Livestream via Youtube, Anregungen und Fragen: taz-talk@taz.de

Die Bildergeschichte Heimatfront



Bereits vor 20 Jahren realisierte der Fotograf mit „Red Land, Blue Land“ eine Fotoarbeit über nachgebaute Kriegsszenarien auf einem Truppenübungsplatz. In dem Buch „Heimatfront – Bühnenbilder des Kriegs“ zeigt er militärische Anlagen, die nur in Ausnahmefällen zugänglich sind. Stauffer-Kaserne Pfullendorf
Foto: Claudio Hils

taz blogs

['kemik_blog]

Einst das Schreckgespenst des Bildungsbürgers, heute Liebling des Föjetong: der Comic.
taz.de/blogs/comicblog/



Er brachte das kölsche Idiom in die Popmusik: Wolfgang Niedecken wird 70

Wer in seiner Stadt Streit sucht, Hader mit anderen sucht oder Zank, kann gleich nach Düsseldorf gehen – in Köln versteht man sich, Karneval, Klerus und ein besonders eindringlicher Dialekt machen das möglich. Man versteht sich und lebt wie Nachbarn: Die Stadt ist letztlich so klein, dass man sich besser mit niemandem überwirft: „Et hätt noch immer jot jejang“. Wolfgang Niedecken, nicht nur am Rhein weltberühmt, war nie, so wird überliefert, mit jemandem auf ewig zerzankt. Er ist eine der Kulturikonen Kölns, ein Freund Alice Schwarzers und Tommy Engels („Bläck Fööss“) wie auch einst Trude Herrs und Dirk Bachs. Am Dienstag nun wird Wolfgang Niedecken 70 Jahre alt.

Alle mögen ihn, den Musiker und Maler, der mit seiner Band BAP das kölsche Idiom zur Popmusikauglichkeit brachte, chartfähig etwa auch mit dem Lied „Arsch huh, Zäng ussenander“, eine Anti-Rassismus-Hymne, die die Idee des Leben-und-leben-Lassen in den partyfähigen Mainstream einsickern ließ. Niedecken, der auf die Traditionen Bob Dylans hält, hat wie der amerikanische Poet das Talent, Gefühle der Nähe und des Mitreisens in einem zu vertonen, sie zu Musik zu machen, ohne dass es wie eine um Wichtigkeit ringende klingt.

Keiner, der nicht davon erzählt, wie freundlich und umgänglich der Wolfgang ist, das Multitalent, der Barde, der in den achtziger Jahren auch deshalb groß rauskam, weil er für das Projekt des globalen Live-Aid-Konzerts („We Are the World“) eine deutsche Hymne beisteuerte, „Nackt im Wind“. Wer damals in der Promiband (mit Herbert Grönemeyer, Nena, Gitte Hænning, Udo Lindenberg) von diesem Kölner nicht mitmachte, hatte in der deutschen Popszene auch nicht viel zu melden.

Er hat vor einigen Jahren einen Schlaganfall überlebt, die Folgen aber passabel verdaut. Er lebt und arbeitet, weil er offenbar so etwas wie Ruhestand in seinem Beruf für unnötig hält; was soll er auch sonst tun. Das, wovon er träumte und womit er Geld zu verdienen suchte, hat er ja immer gemacht. Inzwischen wird er, zumal rund um Köln, mit allem geehrt, was an Honorarium zu haben ist. Dass politisches Engagement nötig ist, „als Mensch“, wie er sagt, nicht nur als Künstler, versteht er praktisch: Es gibt fast kein politisches Feld, für das er nicht schon öffentliches Engagement zeigte, vor allem gegen Rassismus, gegen Nazis, seit einigen Jahren unterstützt er das SchokoFair-Projekt der Montessori-Hauptschule Düsseldorf.

Seinen Unruhestand wird er weiterbetreiben, weshalb sollte er sich zurückziehen, da das Leben auch jenseits des Teenageralters noch Spaß machen kann. Beim WDR hat er eine Sendung regelmäßig, „Songpoeten“, die der Kultur gewidmet ist, für die Namen wie Leonard Cohen, Bruce Springsteen und der schon genannte Bob Dylan stehen: musikalische Ästhetik, die für Aufbruch stehen, wie in den sechziger Jahren, als der Rock noch glaubte, Berge versetzen zu können, gesellschaftlich. Ihm zugesprochen in den eigenen Worten: „Maat et joot!“

Jan Feddersen

taz blogs



Aufklärung über die legalen und illegalen Highs & Downs gibt's auf dem Drogerie-Blog.
taz.de/blogs/drogerie

England lockert die Corona-Maßnahmen

London erlaubt Treffen und Sport im Freien. Im Juni will die britische Regierung dann alle Corona-Restriktionen aufheben – wenn es keinen Anstieg gibt

Aus London **Daniel Zylbersztajn-Lewandowski**

Der Ilkeston-Fahrradklub in der Grafschaft Derbyshire wollte keine Sekunde zu spät die neue Freiheit begrüßen: Nach dem letzten Läuten der Kirchenglocken um Mitternacht feierten Sechsergruppen den zweiten Schritt der britischen Corona-Lockerungen und verschwanden – endlich wieder! – gemeinsam voller Elan im Dunkeln der leeren Landstraßen.

Seit Montag dürfen sich in England gemäß dem Stufenplan der britischen Regierung Menschen wieder draußen treffen und sich zum Sport unter freiem Himmel begeben – darunter Schwimmen in Freibädern, Fußball und Golf. Für bis zu sechs Personen aus verschiedenen Haushalten, Kinder mitgezählt, sind Treffen erlaubt, solange sie dabei Abstand wahren.

Manche Mitglieder des Fahrradclubs hätten sich schon länger als ein Jahr lang nicht gesehen, sagte einer der Mitglieder gegenüber der BBC. Der erste Corona-Lockdown begann in Großbritannien im März 2020.

Trotz der neuen Lockerungen erneuert die Regierung in London ihr Mantra zur Bekämpfung der Pandemie. Diese Maßgabe heißt „in frischer Luft“. Treffen mit Personen aus anderen Haus-

halten sind in geschlossenen Räumen weiterhin nicht gestattet. Aber Hochzeiten sind wieder erlaubt, nach monatelang verschobenen Terminen, wenn gleich nur höchstens mit vier Gästen.

Auch in den anderen Ländern des Vereinigten Königreichs werden die Regeln gelockert, wobei in Wales das Verreisen zu Urlaubszwecken nur innerhalb von Wales und nur für Personen aus Wales gestattet ist.

Großbritannien hatte sich unlängst einen Fünfstufenplan gegeben, um parallel zum Rückgang der Neuinfektionen und zum Fortschreiten der Impfungen die Beschränkungen des

Im Land wurden bislang rund 30,15 Millionen Menschen geimpft

sozialen Lebens bis zum 21. Juni vollständig aufzuheben. Als Erstes waren am 8. März die Schulen wieder geöffnet worden und es wurde wieder erlaubt, unter freiem Himmel eine einzelne Person zu treffen.

Die dritte Stufe ist für den 12. April geplant. Dann soll unter anderem die Außengastronomie wieder öffnen, aber auch Friseure und Büchereien sollen dann wieder regulär ar-

beiten können. Ab 17. Mai sollen Restaurants und Kneipen auch innen öffnen und Menschengruppen von bis zu 30 Personen erlaubt werden, bevor am 21. Juni alle Restriktionen fallen.

Die Stufen sind in Abständen geplant, um beobachten zu können, wie sich die Lockerungen auf die Pandemie auswirken. Die Entwicklung gibt Grund für Hoffnung: Im ganzen Land wurden bis Sonntag rund 30,15 Millionen Menschen geimpft, bei rund 68 Millionen Einwohnern, davon rund 3,5 Millionen auch mit der Zweitimpfung. Die Neuinfektionen sind auf wenige tausend täglich gesunken, die britische 7-Tage-Inzidenz liegt bei rund 57, und auch die Todeszahlen sind mittlerweile niedriger als in vergleichbaren europäischen Ländern.

Dies lässt hoffen, dass der Großteil der besonders gefährdeten Menschen nun geschützt ist und dass der Weg zum normalen Leben ohne neue Verschärfungen fortgesetzt werden kann. Ungewiss ist derzeit aber noch, ab wann und unter welchen Bedingungen Brit*innen in den Urlaub fahren könnten.

Mit der neuen Sechserregel und schönen Wetteraussichten denken so manche Brit*innen aber schon jetzt nur an eines: Picknicks mit Tee und Barbues im Garten. Yes!

Erzbischof muss Pause machen

Papst Franziskus „gewährt“ dem Hamburger Erzbischof Stefan Heße eine „Auszeit“

Papst Franziskus hat dem Hamburger Erzbischof Stefan Heße eine „Auszeit“ gewährt. Während seiner Abwesenheit werde Generalvikar Ansgar Thim das Erzbistum verwalten, hieß es aus dem Vatikan. Als Konsequenz aus dem Gutachten zum Umgang mit Missbrauchsvorfällen im Erzbistum Köln hatte Heße dem Papst seinen Amtsver-

zicht angeboten. Heße, der Personalchef und Generalvikar im Erzbistum Köln war, wurden elf Pflichtverletzungen vorgeworfen. Dabei handelte es sich nach Angaben der Gutachter unter anderem um Verstöße gegen die Melde- und Aufklärungspflicht.

Es sei noch keine Entscheidung über die Zukunft Heßes gefallen, in-

terpretierte ein Sprecher des Erzbistums Hamburg die vatikanische Mitteilung. Aus Kirchenkreisen hieß es, es sei damit zu rechnen, dass sich ein langwieriges Prüfverfahren anschließe, in dem sich der Vatikan die Akten kommen lasse und den Fall eingehend untersuche. Das könne sich über viele Wochen hinziehen. (dpa)

Die Bildergeschichte Heimatfront



Die ehemalige Hauptwache des Munitionsdepots für atomare Raketensprengköpfe der US-Streitkräfte bei Pfullendorf ist heute das Ausbildungszentrum für Spezielle Operationen der Bundeswehr. Im „White Room“ werden militärische Spezialkräfte Verhören ausgesetzt, die Beschaffenheit des Raums soll, in Kombination mit Schlafentzug und Dauerbeschallung, hohen psychischen Stress auslösen. Die herbeigeführten Stresssituationen werden über Kameras beobachtet und analysiert. Foto: Claudio Hils

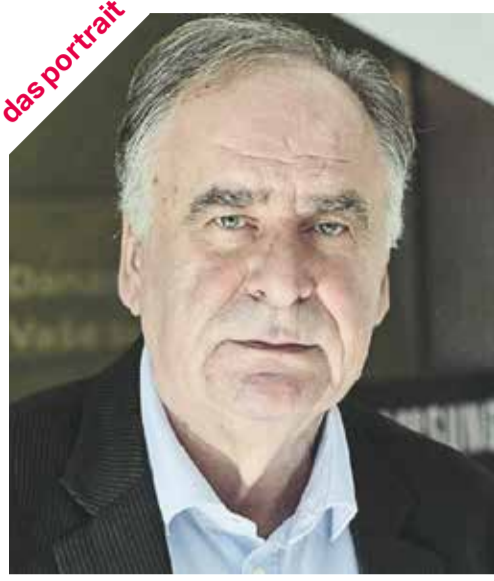
taz sachen

Glückwunsch, „La Diaria“!

Es war von Anfang an eine Liebesbeziehung zwischen der taz und der Zeitung *La Diaria*, schon als Damián Osta Mattos aus Uruguay plötzlich in Berlin auftauchte. Er hatte gehört, es gebe in Deutschland eine linke, unabhängige Zeitung, die es geschafft habe, sich praktisch ohne Kapital zu gründen. Das Gleiche hatten er und eine ganze Gruppe von Journalist*innen und Aktivist*innen jetzt auch in Uruguay vor, und sie wollten wissen, wie die taz das gemacht hat.

Das ist jetzt über eineinhalb Jahrzehnte her, und dieser Tage feiert *La Diaria* schon ihren 15. Geburtstag. Schon kurz nachdem sie an den Start ging, schnellte ihre Abozahl auf 10.000 hoch. Mit dieser Auflage war *La Diaria* aus dem Stand die zweitmeistverkaufte Tageszeitung im kleinen Uruguay. Das Besondere: *La Diaria* gründete sich nach taz-Vorbild als Kollektiv und Genossenschaft. Und: Es gab sie immer nur im Abo, nie am Kiosk.

La Diaria hat seither fast genauso viele Finanzkrisen gehabt und überstanden wie die taz. 154 Menschen arbeiten dort heute. Die Printauflage ist auf knapp 7.500 abgerutscht – aber fast 10.000 digitale Abonnent*innen sind dazugekommen. Der größte Erfolg, schreibt uns Damián Osta Mattos heute, war es, „zu zeigen, dass es Alternativen zum vorherrschenden und im Niedergang befindlichen Modell von Medien in Kapitalhand gibt. Die Zukunft der Medien muss in demokratischen Besitzverhältnissen liegen, und dafür ist die Genossenschaft ein wunderbares Instrument.“ Das finden wir auch. Herzlichen Glückwunsch zum 15. Geburtstag, compañeres! Bernd Pickert



Kandidiert doch nicht als Bürgermeister Sarajevos: der Serbe Bogić Bogićević

Eigentlich sollte der 1953 in dem bosnischen Städtchen Ugljevik geborene Bogić Bogićević jetzt auf dem Sessel des Bürgermeisters von Sarajevo sitzen. Nach den Kommunalwahlen vom November 2020 hatte sich die Nichtnationalistische Parteienkoalition Četvorka gegen die muslimische Nationalpartei SDA durchgesetzt. Und der Vorschlag, den Serben Bogić Bogićević in einer von mehr als 80 Prozent Bosniaken, also Muslimen, bewohnten Stadt zum Bürgermeister zu wählen, war elektrisierend.

Ein Serbe als Repräsentant der Stadt hätte an die multinationale Tradition des Landes Bosnien und Herzegowina angeknüpft, hätte all jenen Kräften Auftrieb gegeben, die für ein modernes, demokratisches und europäisches Bosnien eintreten.

Der Mann wäre nicht nur Bürgermeister, sondern auch Symbolfigur gewesen: Er war nämlich von 1989 bis 1992 der Vertreter Bosnien-Herzegowinas im jugoslawischen Staatspräsidium. In dieser Funktion stimmte er zum Entsetzen der serbischen Nationalisten mit Slowenien, Kroatien und Mazedonien gegen den vom serbischen Parteichef und Präsidenten Slobodan Milošević geschaffenen proserbischen Block aus Serbien und Montenegro. Damit war im höchsten Gremium Jugoslawiens ein Patt entstanden. Sein Ausspruch, „Ich bin Serbe, aber nicht von Beruf“, machte ihn auch international bekannt.

Er blieb während des Krieges, als Sarajevo dreieinhalb Jahre von serbischen Truppen umzingelt und beschossen wurde, in der Stadt und gehörte zu jenen Persönlichkeiten und Intellektuellen, die ihre Stimme gegen jede Art von nationalistischer Diskriminierung erhoben.

Als nach dem Krieg die muslimische Nationalpartei SDA regierte, als Vetternwirtschaft und Korruption wie in den von serbischen und kroatischen Nationalisten beherrschten Gebieten auch in Sarajevo um sich griffen, schloss er sich den Sozialdemokraten an, wurde ihr Vizevorsitzender, Mitglied des Parlaments von Bosnien und Herzegowina (2000–2002). Doch hatte in den bosniakischen Gebieten die muslimische SDA das Sagen, bis auf die Städte Tuzla, Bihać, Zenica und Teilen Sarajevos.

Seit einigen Jahren aber bröckelte das Ansehen der SDA-Partei, mehrere Kleinparteien bildeten sich, die Narod i Pravda (Volk und Wahrheit) entwickelte sich in manchen Region zur ernsthaften Konkurrenz. Diese Parteien bildeten zusammen mit Sozialdemokraten und der linksliberalen Naša stranka (Unsere Partei) das Četvorka-Viererbündnis. Gleich nach dem Wahlsieg am 20. November 2020 gab Bogićević bekannt, dass er bereit sei, als Bürgermeisterkandidat in Sarajevo anzutreten.

Doch im Hintergrund zog die SDA die Fäden, die vierte Partei um Hadžibajrić sprang ab. Die Mehrheit wackelte, offenbar wurden Abgeordnete gekauft. Am 24. März 2021 zog Bogićević seine Kandidatur zurück. Er wollte nicht in ein so schmutziges Spiel hineingezogen werden. Die Öffentlichkeit in Sarajevo ist tief enttäuscht, am Montag fuhr Tausende Autofahrer protestierend durch die Stadt.

Erich Rathfelder, Sarajevo

taz blogs

Wie tickt die taz? Das Blog aus und über die taz mit Innenansichten, Kontroversen und aktuellen Entwicklungen. Die taz ist kein abgeriegelter Komplex – die taz gehört ihren Leserinnen und Lesern, sie versteht sich als Zeitung, die Debatten führt und auch den eigenen Standpunkt reflektiert. taz.de/blogs/hausblog

WHO-Kritik an China erhärtet sich

Ein Bericht von Experten der Weltgesundheitsorganisation über die Ursprünge von Covid-19 fordert weitere Untersuchungen und lässt viele Fragen offen

Aus Genf **Marc Engelhardt**

Woher das Coronavirus stammt, bleibt auch nach einer internationalen Untersuchung im Auftrag der Weltgesundheitsorganisation (WHO) unklar. Ein nach langem Warten am Dienstag in Genf vorgestellter Expertenbericht lässt viele Fragen unbeantwortet. Chinas Regierung dürfte das recht sein.

Einig sind sich die Experten darin, dass das Virus wahrscheinlich von Fledermäusen oder Schuppentieren über einen Zwischenwirt auf den Menschen übertragen wurde. Welcher Zwischenwirt das sein könnte, ist unklar. Hier und auch sonst wird im 120-seitigen Bericht immer wieder darauf verwiesen, dass weitere Untersuchungen nötig seien. So könne der Markt von Wuhan, der lange als Ort der ersten Übertragung auf den Menschen galt, auch nur der Ausgangspunkt für die Ausbreitung des Virus gewesen sein. Auch eine weitere Theorie, die von der chinesischen Regierung stammt, soll nach Ansicht der Experten weiter untersucht werden: Nämlich die, dass sich das Virus über Tiefkühlwaren auf den Menschen übertragen hat. Für Peking hätte das den Vorteil, dass das Virus dann gar nicht aus China stammen müsste, was die Staatsführung seit Monaten betont.

Eine andere Theorie, die Peking stets bestritten hatte, halten die Experten laut ihrem Bericht dagegen für widerlegt: nämlich die, dass das Coronavirus aus einem nahen Forschungslabor auf den Markt und damit zum Menschen gelangte. In den Laboren gebe es keine Hinweise auf Viren, die dem von Sars-CoV-2 verwandt seien; weil die Hypothese extrem unwahrscheinlich sei, müsse man sie nicht weiter verfolgen. Weder Krankheitsfälle in einem der Labore im Herbst 2019 noch der Umzug eines Labors kurz vor der ersten bekannten Coronainfektion schienen den Experten offenbar stichhaltig genug, um nur eine weitere Untersuchung anzuregen. Der Laborbesuch selber hatte einem Teilnehmer zufolge nur wenige Stunden gedauert und aus einem Rundgang sowie Vorträgen der Chefs bestanden, die die Arbeit mit coronaähnlichen Viren ausgeschlossen hatten.

Solche Episoden nähren die Zweifel derer, die im Bericht vor allem die Handschrift Pekings lesen. Tatsächlich hatte der Arbeitsauftrag für die WHO-Experten eine Kooperation mit chinesischen Kollegen vorgesehen. Teamleiter Peter Ben Embarek hatte in einem *Science*-Interview erklärt, sein Team sei stets von bis zu 60 Vertretern Chinas begleitet worden, die

weder Wissenschaftler noch Gesundheitsexperten gewesen seien. Verfasst haben den Bericht neben den 17 WHO-Experten auch 17 chinesische Autoren. US-Außenminister Antony Blinken hatte CNN vergangene Woche erklärt, die chinesische Regierung habe den Bericht mitverfasst.

Fest steht: China verzögerte die Untersuchung monatelang. Erst mehr als ein Jahr nach dem ersten registrierten Corona-Ausbruch in Wuhan traf das WHO-Team am 14. Januar dort ein. Alle Seiten haben viel zu verlieren. China will nicht als Verursacher der Coronapandemie gelten, und die WHO will dem schon früh geäußerten Verdacht entgegenzutreten, sich Peking unterzuordnen. Vielleicht auch deshalb betonte WHO-Chef Tedros Adhanom Ghebreyesus nun, es lägen nach wie vor alle Optionen auf dem Tisch. Der Bericht sei ein Anfang, kein Ende. Ob es weitere Untersuchungen geben wird, hängt maßgeblich von China ab.

Und so zeigt der Bericht auch, wie machtlos die WHO ist. Tedros und der Präsident des Europäischen Rats, Charles Michel, regten deshalb eine internationale Konvention an, die im Falle der nächsten Pandemie globale Kooperation und besseren Datenaustausch sicherstellen soll. Wie genau das gehen soll, blieb allerdings offen.

Erneuter Impfstopp für AstraZeneca

Impfungen mit dem Vakzin nur noch für Menschen ab 60 Jahre empfohlen

Während Bund und Länder weiter um ihren Coronakurs ringen, drohen erneut deutliche Verzögerungen beim Impfen. Mehrere Bundesländer setzten Impfungen mit dem Wirkstoff von AstraZeneca aus. Am Abend wollten Kanzlerin Merkel und Gesundheitsminister Jens Spahn mit den Ministerpräsidenten der Länder über den

weiteren Umgang mit dem Impfstoff beraten. Zuvor deutete sich eine geänderte Altersempfehlung der Ständigen Impfkommission an. Das Präparat soll voraussichtlich nur noch für Menschen über 60 Jahre empfohlen werden. Allerdings könnte der Einsatz auch bei jüngeren „nach ärztlichem Ermessen und bei individuel-

ler Risikoakzeptanz nach sorgfältiger Aufklärung möglich“ bleiben. In Deutschland sind laut Paul-Ehrlich-Institut bislang 31 Fälle einer Sinusvenenthrombose nach einer Impfung mit dem Wirkstoff AstraZeneca bekannt. In neun Fällen war der Ausgang tödlich, berichtete das zuständige Institut. (rtr, dpa, taz)

Die Bildergeschichte Heimatfront



Detailaufnahme eines Cockpits in der Brandsimulationsanlage der Schule für ABC-Abwehr Stetten am Kalten Markt im Landkreis Sigmaringen in Baden-Württemberg. Die korrodierten und modellhaften Gehäuse der Flugzeuge haben ihre ursprüngliche Funktion verloren. Foto: Claudio Hills

taz sachen

Reden wir über Rauschmittel!

In Deutschland gibt es jährlich Hunderte Drogentote und Hunderttausende, die suchtkrank sind oder einen problematischen Rauschmittel-Konsum aufweisen. Sind das die Früchte einer jahrelangen Verbotspolitik, welche wissenschaftliche Erkenntnisse zum Thema Drogen und Sucht ignoriert? Denn durch Prohibition wird Drogenkonsum nicht vermeiden, sondern lediglich unsicherer gemacht.

Sozialwissenschaftliche und medizinische Erkenntnisse zeigen, dass erhebliche gesundheitliche Schäden nicht durch die Substanzen selbst, sondern durch Streckmittel und sich dadurch verschlechternde Qualität oder falsche und überdosierte Einnahme aufgrund mangelnder Aufklärung entstehen. Die aktuelle Drogenpolitik scheint dieses Wissen zu ignorieren und setzt weiterhin auf Abstinenz – das vorherrschende Paradigma zum staatlichen Umgang mit Drogen.

Doch es gibt Alternativen dazu: Seit Jahrzehnten kämpfen Aktivist:innen für eine Entstigmatisierung von Konsument:innen und Dekriminalisierung oder gar Legalisierung diverser Betäubungsmittel. Wie eine akzeptierende Drogenpolitik aussehen, welche sowohl wirtschaftlichen als auch sozialpolitischen Vorteile sie mit sich bringen könnte und wie sie in der Realität umsetzbar wäre, bespricht Anastasia Tikhomirova im taz Talk mit Philine Edbauer von #mybrainmychoice und Rüdiger Schmolke von akzept e.V., Bundesverband für akzeptierende Drogenarbeit.

Wann: Do. 1. 4. 21, 19 Uhr.
Wo: Livestream via Youtube, Anregungen und Fragen: taz-talk@taz.de (taz)

das porträt



Foto: David Joles/Imago

Die damals 17-jährige Darnella Frazier hat den Mord an George Floyd gefilmt

Als Darnella Frazier an die Ecke Chicago Avenue und 38. Straße kam, bettelte George Floyd bereits um sein Leben. Er lag mit nacktem Oberkörper auf dem Asphalt. Auf seinem Nacken das Knie des weißen Polizisten Derek Chauvin. Die 17-Jährige schritt sofort zur Tat: Sie geleitete ihre 9-jährige Kusine, mit der sie zum Einkaufen gekommen war, in den Supermarkt, „damit sie es nicht sah“. Sie zückte ihr Handy, näherte sich dem Tatort und begann zu filmen. Sie dokumentierte die letzten Worte und das letzte Röcheln von George Floyd. Den Blick des knienden Polizisten, den sie „kalt und herzlos“ nennt. Das Flehen von Passanten, den 46-jährigen George Floyd nicht zu töten. Und die Drohgebärden der Polizisten ihnen gegenüber. Darnella Frazier schaltete ihr Handy erst ab, als Sanitäter den leblosen Körper von Floyd in einen Krankenwagen hieften. Wenig später stellte sie das Video auf ihre Facebookseite.

Das Video der Gymnasiastin aus Minneapolis ging über Nacht viral. Zigmillionen – vielleicht Hunderte Millionen – Menschen weltweit haben es gesehen. Es lieferte die Bilder einer Tötung, löste monatelange Black-Lives-Matter-Proteste aus und rückte den Ruf nach radikalen Polizeireformen ins Zentrum der US-Politik. Es ist schwer vorstellbar, dass es zu dem Mord- und Totschlag-Prozess gegen den Ex-Polizisten Chauvin gekommen wäre, wenn Darnella Frazier nicht gefilmt hätte.

Am Dienstag, als die jetzt 18-jährige als Zeugin vor dem Gericht in Minneapolis steht, beschreibt sie ihre Ängste und schlaflosen Nächte nach der brutalen Szene. „Ich habe George Floyd um Entschuldigung gebeten, weil ich nicht mehr für ihn getan habe und weil ich nicht körperlich eingegriffen habe“, sagt sie. Sie erklärt dem Gericht auch, dass sie an „sozialer Angst“ leidet und deswegen nicht öffentlich reden kann. Die junge Frau kannte George Floyd nicht. Aber sie sah in ihm ihren Vater, Bruder, Vetter und Onkel. Auch sie sind schwarz: „Es hätte einer von ihnen sein können.“ Während Darnella Fraziers Aussage läuft nur ihre Stimme über den Livestream. Das Gericht hat entschieden, dass Zeuginnen, die zur Tatzeit minderjährig waren, nicht gezeigt werden dürfen. Auch ihr Nachname wird im Gericht nicht genannt.

Die ersten Drohungen spürte Darnella Frazier bereits, als sie am Abend des 25. Mai die brutale Szene filmte und Chauvin und seine Kollegen ihr und anderen Passanten mit der chemischen Keule drohten. Am nächsten Morgen geriet sie ins Visier von Kampagnen in den sozialen Medien. Manche warfen ihr vor, sich hinter dem Handy versteckt zu haben. Andere, dass sie das Rampenlicht suche. Aber es gab auch Tausende, die Darnella Frazier für ihren Mut dankten.

Darnella Frazier meidet die Öffentlichkeit. JournalistInnen sagte sie ab: „Weil ich Zeugin im Prozess sein werde.“ An ihrer Stelle erklärte Anwalt Seth Cobin: „Sie wollte keine Heldin sein. Sie ist eine 17-jährige, die in die Schule geht, die einen Freund hat, die in einem Einkaufszentrum jobbt und die das Richtige getan hat.“ Dorothea Hahn, New York

Die Lungen der Welt stehen in Flammen

2020 ist die Abholzung des Regenwalds um 12 Prozent gestiegen. Stärkster Treiber ist die landwirtschaftliche Nutzung. Mitschuld tragen die Industrieländer

Von Manfred Ronzheimer

Die globale Waldzerstörung schreitet auch in Coronazeiten ungebremsst voran. Nach einer gestern von der internationalen Umweltpattform „Global Forest Watch“ veröffentlichten Auswertung von Satellitendaten wurde im vorigen Jahr rund um den Globus eine Gesamtfläche von 4,2 Millionen Hektar an tropischem Primärwald vernichtet. Dies entspricht der Fläche der Niederlande und war eine Zunahme um 12 Prozent im Vergleich zum Vorjahr 2019.

Am schlimmsten wütete der Kahlschlag in Brasilien. 1,7 Millionen Hektar des Amazonas-Regenwaldes wurden durch Feuer oder Abholzung vernichtet – eine Zunahme um 25 Prozent gegenüber dem Vorjahr. An zweiter Stelle der Waldvernichter steht die Demokratische Republik Kongo. Die dort abgeholzte Fläche war etwa ein Drittel so groß wie die in Brasilien.

Der stärkste Treiber ist, wie sich aus den Satellitendaten ergibt, die landwirtschaftliche Nutzung. Aber auch extreme Hitze und Dürre lösten zahlreiche riesige Brände aus, die zur Vernichtung großer Waldflächen in Brasilien, Australien und Sibirien führten.

Die Expertin Frances Seymour vom unabhängigen Umwelt-Think-

tank World Resources Institute (WRI) in Washington bezeichnete das Ausmaß der Regenwaldzerstörung als „Klimanotstand“. Laut dessen Plattform „Global Forest Watch“ wurden im vergangenen Jahr durch die Vernichtung der Wälder 2,64 Milliarden Tonnen Kohlendioxid freigesetzt. Das entspricht den Emissionen von 570 Millionen Autos.

In Brasilien hat die Abholzung des Amazonas unter dem rechtspopulistischen Präsidenten Jair Bolsonaro drastisch zugenommen. Bolsonaro hatte die Finanzmittel für Umweltschutzprogramme gekürzt und die Öffnung von Schutzgebieten für Landwirtschaft und Bergbau vorangetrieben. Es sei „herzerreißend“ zu sehen, wie sich die Zerstörung des Regenwaldes in Brasilien wieder beschleunigt habe, sagte Waldexpertin Seymour. Neben dem Ausstoß von Treibhausgasen durch die Brände wirkt der Verlust seltener Tier- und Pflanzenarten besonders schwer. Der Amazonas gilt als die globale „Schatzkammer“ der Biodiversität.

An der Tropenwaldvernichtung sind aber auch die Industrieländer nicht unschuldig. Der Konsum von importierten Nahrungsmitteln und anderen Verbrauchsgütern in wohlhabenden Ländern führt zu massiver Ab-

holzung von Wäldern in vielen Regionen der Welt. Umweltforscher haben jetzt in der Fachzeitschrift *Nature Ecology & Evolution* einen „Tropenwald-Fußabdruck“ berechnet. Danach ist jeder Bürger der G7-Industriestaaten durch seinen Konsum für die Abholzung von 58 Quadratmetern Wald pro Jahr indirekt verantwortlich. Die Produkte mit der größten Waldschadens-Wirkung sind Rindfleisch, Soja, Kaffee, Kakao, Palmöl, Holz und weitere Rohstoffe.

„Die Zusammenhänge sind in der Wissenschaft und der Politik im Prinzip lange bekannt“, sagt Geograf Florian Zabel von der Ludwig-Maximilians-Universität München in einer Kommentierung der Studie. Es gebe zwar Zertifizierungssysteme, die eine weitere Abholzung unterbinden sollen. Doch ein „intensiveres Monitoring und ein stärkerer Fokus auf ökologische und soziale Schäden“, etwa in Handelsabkommen, wären wichtig. „Ein reduzierter Fleischkonsum in den Industrieländern hätte einen großen Effekt auf den ‚Deforestation-Footprint‘, da diese durch den Anbau von Futtermitteln und Weideflächen die größten Flächen in Anspruch nehmen“, so Zabel. Außerdem ergäbe sich dabei die größte Klimawirkung.

meinung + diskussion 12

Demokratiefördergesetz blockiert

Den Eckpunkteentwurf des geplanten Gesetzes will die Union nicht mittragen

Es war einer der Kernpunkte des jüngst beschlossenen Maßnahmenpakets der Bundesregierung gegen Rechtsextremismus: ein neues „Gesetz zur Förderung der wehrhaften Demokratie“. Damit sollen Demokratieprojekte langfristig abgesichert werden. Am Mittwoch sollte ein Eckpunkteentwurf im Kabinett bespro-

chen werden. Doch dem machte die Union jetzt einen Strich durch die Rechnung.

Man könne den Entwurf nicht mittragen, weil er „in wesentlichen Punkten von unseren Forderungen und Vorstellungen an ein entsprechendes Gesetzesvorhaben abweicht“, sagte ein Sprecher der Unionsfraktion der taz.

In der SPD reagierte man erbost. Familienministerin Franziska Giffey (SPD) sagte: „Ich finde das enttäuschend. Die Leidtragenden sind die vielen Engagierten in ganz Deutschland, die sich Tag für Tag für unsere Demokratie und gegen jede Form von Extremismus einsetzen.“ Konrad Litschko

meinung + diskussion 12

Die Bildergeschichte Heimatfront



Die Heimat wird zur Front, ein McDonald's-Schild zur Zielscheibe: Um auf dem Gelände der Schießbahn eindeutige Anhaltspunkte zur Zielsprache zu finden, hat die Truppe auf ihrem Übungsplatz Heuberg bei Stetten am kalten Markt in Baden-Württemberg markante Hilfsmittel aufgestellt. Foto: Claudio Hills

taz sachen

Gold für Fatih Akins taz-Film

Ausgezeichnet, wir wurden ausgezeichnet! Der taz-Film „Keine Angst vor Niemand“ von Filmemacher und Regisseur Fatih Akin hat beim Spotlight Festival den Preis der Herzen geholt: den Publikums-Award 2021 – Profesionals in der Kategorie TV und Kino.

Das Spotlight Festival ist das größte und bedeutendste Festival für professionelle Bewegtbildkommunikation im deutschsprachigen Raum und zählt zu den wichtigsten Kreativwettbewerben der Welt. Es existiert seit 1998 und – eine Besonderheit bei Werbefilmfestivals – bewertet die eingereichten Filme sowohl durch eine Fachjury als auch durch das Publikum.

Während die Fachjury den taz-Spot verschmähte, sah das Publikum die Sache anders und verlieh dem taz-Film die Auszeichnung in Gold. Das freut uns ganz besonders, denn der Film, der die Welt durch die Brille der taz zeigt und eine Hommage an den Regisseur John Carpenter und das Kino darstellt, wurde ja auch nicht von Werber:innen für Werber:innen gemacht. Es handelt sich hierbei um Akins ersten und einzigen Werbefilm, auch für die taz war diese Zusammenarbeit ein großes Novum. Und was könnte es nun Größeres geben, als mit einem Werbefilm beim Publikum anzukommen? Wir bedanken uns an dieser Stelle herzlich bei allen Beteiligten, die an diesem Erfolg mitwirkten! Wer sich ansehen möchte, in welchem Umfeld sich die taz-Produktion so herausragend bewährt hat, kann auf spotlight-festival.de die preisgekrönten Filme anschauen – in den meisten Fällen ein durchaus unterhaltsames Vergnügen.

Lena Kaiser, Willi Vogelpohl

taz blogs

digitaler Konzentrat

Schöne neue digitale Welt? Ein Blog über Digitalisierung, Netzkultur, Bürgerrechte – und ohne Buzzwords. taz.de/blogs/digitalkonzentrat